

auf Rente zu stellen. Nur auf Grund Ihres Antrages werden wir die polizeiliche Unfalluntersuchung herbeiführen und das Entschädigungsverfahren einleiten; erhalten wir von Ihnen keine Nachricht, so wird die Angelegenheit von uns als erledigt betrachtet.

Den Empfang dieses Scheinens wollen Sie uns auf anliegender Postkarte bestätigen.

In dieser Methode liegt schon, wenigstens teilweise, die Erklärung für den schleppenden Gang des Rentenfeststellungsverfahrens bei der Berufsgenossenschaft. Sie ist gemäß § 64 des Gesetzes verpflichtet, die polizeiliche Untersuchung „sobald als möglich“ herbeizuführen, nicht aber erst sechs Wochen zu warten, ob der Verletzte sich meldet. Wir halten es auch für höchst bedenklich, dem Verletzten zu sagen, wenn er nicht nach sechs Wochen schriftlich Rentenanspruch einreicht, werde „von uns die Sache als erledigt betrachtet“.

Unintelligente Arbeiter, denen eine Beratung fehlt, können dadurch leicht zu der Ansicht kommen, sie hätten keine Ansprüche mehr, wenn sie sich nicht innerhalb sechs Wochen erneut gemeldet.

Wir bitten das hochwohlwollende Reichsversicherungsamt, auch nach dieser Richtung geeignete Maßnahmen zu treffen, die genannten Mängel abzustellen.

Hochachtung.

Hoffentlich hat diese Beschwerde den Erfolg, daß das Reichsversicherungsamt die Berufsgenossenschaften anweist, sich in Zukunft einer schnelleren und einwandfreieren Methode zu befleißigen.

In der Aussprache über die in absehbarer Zeit vorzunehmende Abänderung der Arbeiterversicherungs-gesetze spielen die sogenannten „Schnapsrenten“ eine erhebliche Rolle. So bezeichnet man nämlich von arbeiterfeindlicher Seite die kleinen Renten bis zu zwanzig Prozent. Verletzte, die solche Renten beziehen, sollen das Geld nur benutzen, um Schnaps dafür zu kaufen. Deshalb will man die kleinen Renten ganz abschaffen, und in den Ruf nach ihrer Beseitigung stimmen besonders die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften ein, obwohl gerade in deren Kreisen die meisten Schnapsbrenner sitzen. Ob diese Forderung Erfolg hat, muß man abwarten. Aber wir können uns des Einbruchs nicht erwehren, daß die Abschaffung des Reichsversicherungsamts, anscheinend unter dem Einfluß des „Schnapsrenten-geschreies“, heute in Sachen der kleinen Renten für die Arbeiter viel ungünstiger urteilt als früher. Es ist sehr selten, daß es gelingt, am Reichsversicherungsamt eine zehnprozentige Rente zu retten. Sie verfallen fast alle der Aufhebung. Es ist mittlerweile so weit gekommen, daß für den Verlust eines rechten Zeigefingers einige Jahre nach dem Unfälle jede Rentenzahlung eingestellt wird. Wir erlauben es uns raumeshalber, das an Hand von Einzelfällen zu beweisen. Die Berufsgenossenschaften machen von diesem günstigen Winde mit regem Eifer Gebrauch und nehmen Rentenzahlungen in großer Zahl vor. Es wäre angebracht, daß ein Abgeordneter einmal im Reichstage die Frage stellt, ob auf dem Wege der Rechtsprechung der gegenseitigen Beseitigung der „Schnapsrenten“ vorgearbeitet werden soll. Es wäre dann höchste Zeit, daß man in Arbeiterkreisen gegen diese Pläne mobil mache.

Eigentümliche Befundungen machte ein Vertreter der Rheinisch-Westfälischen Hütten- und Walzwerksberufsgenossenschaft kürzlich in einem Termin am Reichsversicherungsamt.

Tatbestand: Meister P. vom Preß- und Walzwerk — wahrscheinlich in Reisholz — hat vor Jahren einen Unfall erlitten und bezog dafür eine Rente. Die Rheinisch-Westfälischen Hütten- und Walzwerksberufsgenossenschaft, Sektion Düsseldorf, will ihm die Rente entziehen, weil er nicht mehr erwerbsbeschränkt sei, da P. jetzt als Meister 200 Mark verdiene, gegen 175 Mark pro Monat vor dem Unfall. Das Schiedsgericht in Düsseldorf hat auf die Berufung des P. ihn ihm wieder eine Rente zugesprochen. Die Firma, bei der P. als Meister beschäftigt ist, hat ihm bezeugt, daß er infolge des Unfalles noch nervöse Beschwerden habe, für die ihm eine Rente zustehe. Die Berufsgenossenschaft legt gegen das Schiedsgerichtsurteil Rekurs ein und entsendet, entgegen ihrer sonstigen Praxis, zum Termin einen Vertreter.

Der Vertreter begründet den Rekurs unter anderem wie folgt:

„Ich habe diese Praxis der Betriebsunternehmer bei der Firma Krupp selbst kennen gelernt. Die Firma Krupp hat eine Klasse der sogenannten „Fiktiven“ geschaffen. Darin sind etwa 1200 Arbeiter, lauter Rentenbezieher. Nach dem Gesetz ist es nicht zulässig, daß den Arbeitern die Rente am Lohn gekürzt wird. Bei Krupp werden nun die „Fiktiven“ in folgender Weise behandelt: Erhält jemand 80 Mark monatliche Rente, so wird er eventuell genau so beschäftigt wie jeder andere. Während aber jeder Stunde, sagen wir 150 Mark monatlich erhält, bekommt der „Fiktive“ für dieselbe Arbeit 120 Mark. Also in jedem Falle so viel weniger als seine Rente beträgt. Die Firma mußte das so machen, sonst hätte sie ja den Renten eventuell den vollen Lohn gezahlt und auf dem Umwege durch die Berufsgenossenschaft noch die Rente dazu. Daher kommt es aber auch, daß die Firma Krupp ein Interesse daran hat, möglichst dafür zu sorgen, daß den „Fiktiven“ ihre Rente erhalten bleibt, denn sie entlastet sich dadurch. Ich habe Gründe dafür, daß die hier in Frage kommenden „Preß- und Walzwerke“ genau so verfahren. (Senatsvorsitzender Geheimrat Dr. Gerstel: „Wissen Sie, daß auch diese Firma so verfährt?“) Beweisen kann ich das im Moment nicht, ich habe aber gute Gründe für

meine Annahme. Die Firma will dem P. die Rente erhalten, damit sie ihm keinen höheren Gehalt zu geben braucht. Deshalb das dem Verletzten günstige Zeugnis...“

Ergebnis: Das Urteil des Schiedsgerichts zu Düsseldorf wird aufgehoben und dem Meister P. die Rente entzogen.

Die Leitung des Reichsversicherungsamts liegt zurzeit in den Händen des Herrn Präsidenten Kaufmann. Er läßt es sich besonders aneignen sein, durch Beschäftigungsreisen persönliche Fühlung mit den Unternehmern und den Berufsgenossenschaften zu gewinnen, und diese Interessenten sind ihm dafür sehr dankbar. Vom Arbeiterstandpunkte aus ist dagegen natürlich nichts zu sagen. Wir haben keinen Grund zu wünschen, daß sich die Leiter hoher Reichsbehörden von aller Berührung mit dem praktischen Leben fernhalten. Nur hätten wir den Wunsch, daß dieses Besprechen mit den Interessenten nicht nur sich auf die Unternehmer und ihre Vereinigungen bezieht. Vielleich nimmt Herr Präsident Kaufmann aus diesen Zeilen die Anregungen, sich auch einmal mit Arbeitervertretern aller Richtungen über die Handhabung und den Ausbau der Arbeiterversicherung auszusprechen. Einer nur von Unternehmerseite aus beeinflussten Arbeiterversicherung stehen auch wir sehr zurückhaltend gegenüber.

Im allgemeinen darf aber auch hier die Anerkennung wiederholt werden, daß das Reichsversicherungsamt den Arbeitervertretern hinsichtlich der Wahrnehmung der Rechte der Verletzten in ausvorkommendster Weise gerecht wird.

Zum Schluß sei noch einmal auf die Notwendigkeit verwiesen, allerseits den Vorgängen in der Arbeiterversicherung vollste Aufmerksamkeit zu widmen. Auch hinsichtlich der Auskunftsleistung muß bei uns noch sehr viel mehr getrieben werden. Wir müssen das Bestreben haben, allein oder auch in Verbindung mit anderen Vereinigungen — je nach Lage der örtlichen Verhältnisse — in allen größeren Städten oder in weiteren Bezirken Arbeiterretariate zu schaffen. In den Nummern 3, 5, 6 und 7 des „Gewerbetreibenden“ 1908 haben wir dazu nähere Anregung gegeben. Auch heute können wir nur dem Wunsche Ausdruck verleihen, unsere Kollegen mögen ohne übertriebenen Pessimismus, aber auch ohne himmelfürmenden Optimismus diese Aufgaben in die Hand nehmen und sie bald einer glücklichen Lösung entgegenführen.

Die Lage der Eisenbahner vor dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Schluß der Rede des Verbandsvorsitzenden, Abgeordneten Karl Goldschmidt.

Meine Herren, dann die Altersfürsorge für die Invaliden. Wir schreiben ein Mann schon das sechste Mal und beschwert sich darüber, daß die Eisenbahnverwaltung ihn in tiefster Not lasse. Die Eisenbahnverwaltung hat an sich daran keine Schuld. Es handelt sich hier um einen Arbeiter, der auf Grund der bestehenden Bestimmungen von der Pensionskasse der preussischen Staats-eisenbahnverwaltung pensioniert worden ist und jetzt eine Rente von 24 Mk. monatlich bezieht. Mit diesen 24 Mk. sieht der arme Teufel in Breslau und soll damit sich und seine Frau, die krank ist und daher auch nichts verdienen kann, ernähren. Das ist ja geradezu furchtbar! Es wird daher notwendig sein, daß der Herr Minister darauf dringt, daß die Pensionskasse — ich glaube, sie wird es auch können — doch etwas mehr leistet bezüglich der Pensionen und Rentenzuflüsse.

Meine Herren, darf ich den Herrn Minister einmal aufmerksam machen, wie wir diese Dinge in der Stadt Berlin geregelt haben? Wir haben in der Stadt Berlin für unsere sämtlichen nicht als Beamte geltenden, beschäftigten Personen die Altersfürsorge genau nach den Bestimmungen des Beamtenpensionsgesetzes eingerichtet. Wir lassen jeden Arbeiter, wenn er 10 Jahre gedient hat, genau wie den Beamten, der 10 Jahre gedient hat, nach den neuen Bestimmungen mit 90% des Einkommens beginnen, wozu mit jedem weiteren Dienstjahre ein weiteres 1% hinzukommt. Die Rente hinaus sich also hoch in etwa 25 Jahren drei Viertel ihres bisherigen Arbeitseinkommens als Rente erziehen und damit ihr Alter sicher stellen und sich frei machen von der Sorge um die etwa zu hinterlassende Witwe oder die Kinder. Meine Herren, das gibt doch sehr Beruhigung. Ich glaube, es gibt für einen Menschen, der keine selbständige Erziehung hat, der darauf angewiesen ist, über Nacht oder mit dreitägiger Kündigung um seine Erziehung zu kommen, keine fürchterlichere Seelenqual als das Bewußtsein: wer weiß, was mit dir im Alter geschieht! Nun wissen wir, daß alle unsere Einrichtungen auf diesem Gebiete, auch die Invalidenversicherung mit ihren kleinen Renten, doch nicht ausreichen, nacher einem Invaliden der Arbeit die Erziehung zu ermöglichen. Die Pensionskasse der preussischen Eisenbahnverwaltung ist ja ein Ersatz für diese Invalidenversicherung nach dem Reichsgesetz. Der betreffende Pensionierte bekommt also nicht aus zwei, sondern nur aus dieser einen Stelle Pension und muß mit einer zu niedrigen Rente seine Erziehung stiften. Da tut mit Rücksicht auf die gestiegenen Lebenskosten dringende Hilfe not. Wenn gar nicht anders möglich, dann soll man lieber für beide Teile die Beiträge noch steigern; aber die Leistungen müssen den heutigen Lebensverhältnissen angepasst werden.

Meine Herren, wie zahlreich sind die Zuschriften, die gewiß auch der Eisenbahnverwaltung und allen Ressorts von den armen Menschen zugehen, die als Beamte nur eine kleine Rente beziehen. Wir erkennen an, daß die Beamtengehälter zu niedrig sind, daß wir sie den Zeitenver-

hältnissen anpassen müssen. Eine Vorlage steht in Aussicht; hoffentlich kommt sie bald. Das alles wird anerkannt; aber es geschieht nichts für die armen Menschen, die bereits pensioniert sind, die Renten beziehen, und deren Rente nun in gar keinem Verhältnis mehr steht zu den Kosten der Erziehung.

Meine Herren, es sind mir auch noch Klagen darüber zugegangen, daß im Direktionsbezirk Cöln eine Verfügung erlassen worden sein soll, wonach die ohnehin bestehenden Söhne am 1. April um 10 pSt. verkürzt werden sollen. Die 8äte, die mir das schreiben, legen als selbstverständlich voraus, daß dem Herrn Minister davon gar nichts bekannt sein könne, daß er es jedenfalls nicht billigen werde; aber es wird positiv behauptet, daß eine Herabsetzung der Söhne im Westen um 10 pSt. beabsichtigt sei. Ist das richtig, Herr Minister? Ist wirklich eine solche Absicht vorhanden? Ich bitte freundlichst darum, daß auch diese Beschwerde untersucht wird, und daß, wenn wirklich eine solche Absicht besteht, ihr entgegengetreten wird und die Maßnahme nicht zur Ausführung kommt.“

Meine Herren, über die Arbeitszeit wird vielfach geklagt, insofern als sehr viele Überstunden zu machen waren, wodurch gar zu viel an Arbeitsleistung von den Arbeitern verlangt würde. Dann klagt man auch darüber, daß die Verkürzung der Arbeitszeit auf neun Stunden in den Hauptbetriebsstätten nicht gleichzeitig auch Anwendung gefunden hat bei den Maschineninspektionen. In den Maschineninspektionen zu Frankfurt a. M. wird nach wie vor 10 Stunden gearbeitet, von 7 Uhr morgens bis 6 1/2 Uhr abends mit entsprechenden Zwischenpausen, während die Arbeiter der Hauptwerkstatt kreuzförmig eine neun-stündige Arbeitszeit haben. Dadurch verlieren die Leute, die in Frankfurt nicht wohnen können, vielfach ihre Zug-anstufnisse und kommen oft sehr spät nach Hause, so daß sie ihre Kinder bereits zu Bett finden. Morgens gehen sie so früh in den Dienst, daß sie auch nicht schlafen, und das ist doch sehr störend für den Zusammenhang der Familie.

Meine Herren, dann wird ferner aus Frankfurt a. M. geklagt, daß die Handwerker der Maschineninspektion bei 10 stündiger Arbeitszeit einen Anfangslohn von 3,80 Mk. haben, der nach 10 jähriger Dienstzeit auf den Höchstlohn von 4,80 Mk. steigt, während die Handwerker der Hauptwerkstätten, welche nur Tagelohn erhalten, bei 9 stündiger Arbeitszeit einen Anfangslohn von 3,96 Mk. und einen Höchstlohn von 5,49 Mk. bezug. 5,94 Mk. erreichen. Hier fühlen sich ebenfalls die Handwerker der Maschineninspektion zurückgesetzt; sie verdienen weniger, obgleich ihre Arbeitszeit eine Stunde länger dauert. Das sind aber Dinge, die ich nicht als typisch auffassen möchte, die in dieser Beschaffenheit durch irgend welche Umstände entstanden sind. Ich bin überzeugt, man braucht nur darauf aufmerksam zu machen, und der Herr Minister hat dann gewiß die Freundlichkeit, den Wünschen Rechnung zu tragen.

Meine Herren, gar mancherlei wäre noch vorzubringen; ich will es nicht tun. Ich will vielmehr hoffen, daß der Herr Minister das von mir Vorgebrachte würdigt und nach Möglichkeit der vorgetragenen Wünschen Rechnung trägt. Nur ein Wort will ich noch sagen, indem ich nochmals auf die Frage der Arbeiterauschüsse zurückkomme, an deren guten Funktionen auch mir liegt im Interesse des Friedens im Betriebe und der Steigerung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse, daß die Mitglieder der Arbeiterauschüsse die Statuten derselben bekommen, damit sie sich über ihre Befugnisse genau orientieren können.

Meine Herren, das sei für heute alles. Sofern nicht weitere Debatten mit Veranlassung geben müßten, noch einmal das Wort zu nehmen, dann ich jetzt schlafen, in der Hoffnung, daß im Interesse des sozialen Friedens, im Interesse der geistigen und materiellen Emporhebung der zahlreichen Arbeiter — wir haben ja weit über 400 000 Köpfe im Eisenbahndienst beschäftigt — in einem etwas lebhafteren Tempo die Förderung der Arbeiter und Angestellten im Eisenbahndienst betrieben werde. (Beifall.)

Allgemeine Kundschau.

Freitag, 27. März 1908.

Die Verhältnismahl für das Gewerbegericht des Stadbezirks Leipzig forderte ein Antrag des dortigen nationalen Arbeiterauschusses, einer Vereinigung nichtsozialdemokratischer Arbeiter- und Handlungsgesellschaften, der auch der Ortsverband der Deutschen Gewerksvereine angehört. Der Rat der Stadt Leipzig hat nach Anhörung des Gewerbegerichtsausschusses beschloffen, dem Antrage Folge zu geben und der Stadtverordnetenversammlung eine diesbezügliche Vorlage zu machen. Maßgebend für den Beschluß war die Erwägung, daß auch die Minoritätsgruppen der Arbeitnehmer Gelegenheit haben müssen, einige Vertreter aus ihren Kreisen als Beisitzer in das Gewerbegericht zu entsenden. Die früheren Bedenken gegen die Verhältnismahl seien durch die Erfahrungen bei den Kaufmannsgerichten als unberechtigt erkannt worden. Uebrigens zeigten auch hier in Leipzig die sozialdemokratischen Arbeitnehmerbewerber im Gewerbegerichtsausschuß dieselbe Inkonsequenz wie in anderen Orten. Trotz der in ihrem Programm geforderten Verhältnismahl, gaben sie ihr Gutachten dagegen ab.

Hoffentlich stimmt nun auch die Stadtverordnetenversammlung der Vorlage des Magistrats zu. Dann wird es Aufgabe der nichtsozialdemokratischen Arbeitnehmer sein, durch rührige Agitation und rechtzeitige

Inzwischen hat Minister Breitenbach dem Kollegen Goldschmidt die Mitteilung zugehen lassen, daß nach den von ihm angestellten Ermittlungen bei der Königl. Eisenbahndirektion in Cöln die Absicht, die Arbeiterlöhne um 10 pSt. herabzusetzen, weder bestanden hat, noch gegenwärtig besteht.

Samml...
eine...
Gewert...
Sd...
glieherr...
sich sei...
gelten...
berene...
ist ma...
schlüsse...
Virtula...
berhöft...
der De...
Bodzeit...
dafür i...
arracher...
geitung...
natürl...
fation...
seligma...
ninnen...
berene...
ein „D...
als de...
Begner...
Sie le...
Begner...
noch v...
Artikel...
Kreisen...
Erlenn...
schen...
um d...
Dauer...
berhält...
kommt...
Teil ab...
gefühlt...
Arbeiter...
Früher...
und de...
Zeit di...
De...
gegen i...
wir nei...
Einric...
gepro...
und l...
und Ar...
herabr...
gegen...
Einric...
führen...
getan...
Bereich...
berarti...
von de...
Forder...
N...
Strafg...
einige...
den de...
langene...
waren...
langene...
50 Köp...
darunt...
entfeste...
12 1/2 u...
waren...
arbeiten...
mit F...
flechter...
Person...
und F...
macher...
Gefang...
daß in...
arbeit...
wird...
müssen...
Denn...
stremde...
doch ü...
läng...
für die...
Staats...
schäftig...
A...
Liste...
geordn...
zurück...
Bericht...
stättig...
weiger...
Galtur...

Sammlung eines Wahlfonds dafür zu sorgen, daß sie eine möglichst große Zahl ihrer Mitglieder in das Gewerbegericht entsenden können.

Schlecht verheßter Acker. Unter den Mitgliedern des Maschinen- und Heizerbundes macht sich seit einiger Zeit eine starke Strömung dahin geltend, sich dem Verbands der Deutschen Gewerbevereine anzuschließen. Auch im Vorstande des Bundes ist man von der Zweckmäßigkeit eines solchen Anschlusses überzeugt und hat an die Zahlstellen ein Zirkular des Inhalts versandt, sich mit der Frage zu beschäftigen und für den Anschluß an den Verband der Deutschen Gewerbevereine sich auszusprechen. Die Fachzeitschrift des Bundes hat sich ebenfalls warm dafür ins Zeug gelegt. Alle diese Tatsachen veranlassen der sozialdemokratischen „Leipziger Volkszeitung“ arge Befremdung. Das Blatt möchte natürlich die etwa 5000 Mitglieder zählende Organisation der Maschinen- und Heizer für die allein seligmachenden sozialdemokratischen Gewerkschaften gewinnen. Deshalb muß es natürlich die Gewerbevereine zu distinktionieren suchen und bezeichnet sie als ein „Organisationsleben, das selbst dem Tode näher ist als dem Weiterleben“. Nun, tolgelagt haben die Gegner die Deutschen Gewerbevereine schon recht oft. Sie leben aber noch kräftig weiter und hoffen, ihren Gegnern vom Schlage der „Leipziger Volkszeitung“ noch recht viel zu schaffen zu machen. Der ganze Artikel verrät nur den Acker darüber, daß in den Kreisen der denkenden Arbeiter mehr und mehr die Erkenntnis sich Bahn bricht, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften trotz ihrer numerischen Stärke nicht diejenigen Organisationen sind, die auf die Dauer mit Erfolg für die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse eingetreten sind. Natürlich bekommt auch der Maschinen- und Heizerbund sein Teil ab. Ihn nennt das Leipziger Blatt in dem ihm geläufigen Tone ein „halbgebacktes, halbbrüderliches Arbeiterorganisationsleben“. Die Maschinen- und Heizer werden sich diese Liebenswürdigkeiten merken und dafür der „Leipziger Volkszeitung“ zur rechten Zeit die richtige Antwort gutwillig werden lassen.

Der deutsche Handelsstag. dessen Stellungnahme gegen den Gesetzesentwurf betreffend die Arbeitskammern wir neulich charakterisiert, hat sich auch gegen die Einrichtung der Handelsinspektionen ausgesprochen, da eine solche Einrichtung „überflüssig und lästig wäre, das Verhältnis zwischen Prinzipal und Angestellten schädigen und den Kaufmannstand herabdrücken würde“. Wenn der deutsche Handelsstag gegen jene von den Handlungsgehilfen geforderte Einrichtung keine triftigeren Gründe ins Feld zu führen vermöchte, dann hätte er gescheiter daran getan, wenn er überhaupt die Frage außerhalb des Reiches seiner Verhandlungen gelassen hätte. Mit derartigen allgemeinen Redensarten sollte man eine von den Handlungsgehilfen so energisch vertretene Forderung denn doch nicht abtun.

Ueber den Umfang der Beschäftigung von Strafgefangenen macht das „Reichs-Arbeitsblatt“ einige interessante Angaben. Die Gesamtzahl der in den deutschen Gefangenenanstalten vorhandenen Gefangenen betrug Ende 1905 rund 88000. Von diesen waren 79400 männliche und 8600 weibliche Gefangene. In denjenigen Anstalten, die mehr als 50 Köpfe aufweisen, waren nahezu 70000 Gefangene, darunter 7000 Frauen, beschäftigt. Auf Preußen entfielen allein davon rund zwei Drittel, auf Bayern 12 1/2 und auf Sachsen 7 1/2 pSt. In der Schneiderei waren 8464, mit dem Kleben von Mänteln und Papparbeiten 4780, mit landwirtschaftlichen Arbeiten 4450, mit Tischlerei 3304, mit Korbmacherei und Strohflechterei 2570, mit Schuhmacherei etwas über 2000 Personen beschäftigt. Auch mit Weberei, Bürsten- und Besenfabrikation, Buchbinderarbeiten, Zigarrenmacherei und Tabakbearbeitung wurden zahlreiche Gefangene beschäftigt. Aus diesen Zahlen geht hervor, daß in der Tat den Handwerkern durch die Gefängnisarbeit immer noch eine erhebliche Konkurrenz bereitet wird, und die Regierungen darauf Bedacht nehmen müssen, nach und nach diese Konkurrenz zu beseitigen. Denn es ist kein gutes Zeichen, daß die Arbeiter für fremde Unternehmer an erster Stelle stehen. Sind doch über 27000 Gefangene für fremde Unternehmer tätig, während mit Haus- oder sonstigen Arbeiten für die Gefängnisverwaltung nur 15400, für sonstige Staats- und Reichsbetriebe 11600 Gefangene beschäftigt werden.

Arbeiterbewegung. Der Streik der Journalisten des Reichstages ist beendet, nachdem der Abgeordnete Dr. Grüber die verlebende Bemerkung zurückgenommen hat. Die Journalisten haben die Forderungstellung wieder angenommen. Einer der Streitenden, der Berichterstatter der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, ist gemahregelt worden, weil er sich weigerte, Streikforscher zu werden. Bei der sonstigen Haltung dieses Blattes kann auch diese Stellung-

nahme nicht wundernehmen. — Seit Mittwoch finden in Leipzig Verhandlungen statt zwischen den Vertretern der Unternehmer- und Arbeiterorganisationen der deutschen Holzindustrie. Den Vorsitz führt der frühere Handelsminister Freiherr von Berlepsch. Offenlich gelingt es, die Verhandlungen zu einem friedlichen Ende zu führen. — Auch in Berlin werden zurzeit Tarifverhandlungen für das Baugewerbe geführt, unter den Vorsitz des Berliner Gewerbegerichtsvorsitzenden von Schulz, während als Beisitzer der Gewerbegerichtsrat Dr. Brenner-München und Gewerbegerichtsvorsitzender Dr. Wietfeld-Essen fungieren. Die Verhandlungen sind zurzeit noch nicht abgeschlossen. — Nach den Maurern haben nun auch die Zimmerer in Dresden den von den Meistern vorgelegten Tarif abgelehnt. — In Nürnberg-Fürth befinden sich seit längerer Zeit die Schuhwarenarbeiter in einer Bewegung zur Einführung des Neunstundentages. Durch Vergleich ist jetzt zunächst die 55 stündige Arbeitswoche festgelegt. — Die Schneider in Bamberg stehen in einer Tarifbewegung. Durch Vermittlung des Gewerbegerichts ist es gelungen, eine Anzahl Firmen zur Anerkennung des Tarifs zu bewegen. — In Duedlinburg haben etwa 300 bei den Kanalarbeiten beschäftigte Arbeiter wegen Lohnstreitigkeiten die Arbeit niedergelegt. — Die Maler- und Anstreichergehilfen in München sind wegen Ablehnung einer Lohnforderung in den Ausstand getreten. — Lohndifferenzen haben in der chemischen Fabrik A.-G. in Breslau-Dömitz zur Einstellung der Arbeit geführt. Die Betriebsleitung lehnt jede Verhandlung mit der Organisation ab. — In Reichenbach am Taunusgebirge haben die Textilarbeiter die Arbeit eingestellt, da sie sich das Einlegen weiterer Feierschichten nicht gefallen lassen wollten. — Auf der Vulkanwerft in Stettin haben gegen 400 Mieter die Arbeit niedergelegt, um der wegen des Streiks auf den Howaldtswerken angeordneten Aussperrung vorzukommen.

Der Kampf in Pariser Baugewerbe dauert dort. Es ist zu befürchten, daß zum 1. April sämtliche im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter ausgesperrt werden. — Ein Streik der Malergehilfen droht in Kopenhagen auszubrechen, nachdem die eingeleiteten Tarifverhandlungen ergebnislos verlaufen sind.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Monat Februar zeigte nach dem Reichsarbeitsblatt keine einheitliche Gestaltung. Auf der einen Seite zeigte sich, zumal in Teilen der Grozindustrie, eine weitere Tendenz zur Verschlechterung, auf der anderen Seite bringt der Februar regelmäßig bereits einen gewissen Aufschwung der geschäftlichen Tätigkeit, der mit dem Beginn der Bautätigkeit und der Saison in einer Reihe von Gewerben (Konfektion, Buchdruck und anderen) zusammenhängt. Unangenehm wirkte, daß im Februar auch der rheinisch-westfälische Steinkohlenbergbau anfang, in der Beschäftigung nachzulassen. Durch das Ausblafen von Hochöfen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und eine gewisse Einschränkung der Produktion der Eisen- und Stahlindustrie ging der Absatz von Industriekohle erheblich zurück, und da auch der Hausbrand der milden Witterung und hohen Preise wegen keinen starken Absatz zeigte, trat ein gewisses Nachlassen ein, was zum Teil zu Feierschichten führte. Der Braunkohlenbergbau war gut beschäftigt. In den Eisenwerken und den Halbfabrikate herstellenden Werken hat sich gegen den Monat Januar die Beschäftigung wenig verändert, jedenfalls aber nicht gebessert. In den meisten Zweigen der Maschinenindustrie war der Beschäftigung nach genügend, wenn er naturgemäß auch hinter dem Vorjahr, was ein Jahr der Hochkonjunktur war, zurückstand. Die elektrische Industrie hatte bisher auch genügende Aufträge, und ebenso ist in der chemischen Industrie ein Nachlassen der Geschäftstätigkeit im allgemeinen nicht zu bemerken. In der Textilindustrie sind es besonders nord- und ostdeutsche Webereien, die über stille Arbeitslage berichten, wogegen ein großer Teil der süddeutschen Webereien noch infolge früherer Aufträge vollaus beschäftigt ist. Im Baugewerbe setzte infolge der milden Witterung die Bautätigkeit frühzeitig wieder ein und, wie insbesondere die Berichte der Arbeitsnachweise erkennen lassen, milderte das die Lage des Arbeitsmarktes. Andererseits wirkte die Unsicherheit über den Abschluß der Tarifverträge im Baugewerbe und in der Holzindustrie und die Möglichkeit bevorstehender größerer Arbeitskämpfe in diesen Gewerben im Sinne einer Zurückhaltung. Die Konfektion hatte im Februar wie alljährlich in den meisten Branchen genügend zu tun, ebenso waren die Verhältnisse im Buchdruckgewerbe normal. Nicht befriedigend war die Arbeitslage in der Spielwarenindustrie und in einem Teil des Braugewerbes. In der Binnenschifffahrt gestalteten die Verhältnisse der Elbeschifffahrt ziemlich ungünstig.

Bei den an das Kaiserliche Statistische Amt berichtenden Krankenkassen zeigt sich eine Zunahme der Beschäftigungsziffer vom 1. Februar auf den 1. März von 59 755 Personen gegenüber einer Zunahme im

gleichen Monat des Vorjahres von 53 905 Personen. Allerdings war die Abnahme, die der Monat Januar gebracht hatte, viel stärker als im Vorjahre.

Die Berichte der Arbeitsnachweise lassen sich im allgemeinen nicht ungünstig aus, insbesondere ist auch in Berlin eine Besserung eingetreten, und ebenso entlastete die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Arbeitskräften zum Teil den gewerblichen Arbeitsmarkt.

Einen schweren Verlust hat der Deutsche Buchdruckerverband erlitten. Am 19. März verstarb nach kurzem Krankenlager der Geschäftsführer des „Korrespondent“, Konrad Eichler, ein Mann, der sich um die Organisation der Buchdrucker die größten Verdienste erworben hat. Sein energisches Eintreten für die Neutralität der Gewerkschaften und seine Stellungnahme zur Tarifgemeinschaft führten dazu, daß er in Leipzig aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen wurde. Der allgemeinen Hochachtung, deren sich der Verstorbene erfreute, konnte dieser Vorgang keinen Abbruch tun. Freunde und Gegner bewahren diesem Manne ein ehrendes Andenken.

Das Verhalten der „Stiefbewäcker“ gelegentlich der Tarifverhandlungen für das Malergewerbe sucht der „Vorwärts“ zu verteidigen. Er ist der Meinung, daß wir kein Recht hatten, von sozialdemokratischer Unbuddhigkeit zu sprechen, da unser Vertreter in Mannheim auch die Verhandlung mit den Selben abgelehnt habe. Wenn der „Vorwärts“ die gelben Vereine als gleichberechtigte Arbeiterorganisation anerkennt, so ist das seine Sache. Für uns sind die Selben keine Arbeiterorganisation. Wir vermögen ihnen daher auch die Gleichberechtigung mit den verschiedenen Organisationsrichtungen nicht zuzusprechen.

Die gesetzwidrige Kinderarbeit weiter einzuschränken, ist den Bemühungen der heftigsten Gewerbeaufsicht erfreulicherweise in hohem Maße geglückt. Das zeigt der Sonderbericht über die Durchführung des Kinderschutzgesetzes, der alljährlich von der dortigen Gewerbeinspektion herausgegeben wird und als erster der Öffentlichkeit übergeben ist. Der günstige Erfolg wird in erster Linie mit verbandt dem eifrigen Zusammenarbeiten mit der Schule. Während in Darmstadt und Worms neben einem Rückgang der Kinderarbeit überhaupt auch ein Nachlassen der Gesetzesverstöße zu verzeichnen ist, kann dies allerdings z. B. von Offenbach leider nicht gemeldet werden. Das schwerste Verbrechen zur grünlischen Durchführung des Gesetzes wird erblickt in dem vielfachen Widerstreben der Eltern, dann aber auch in dem niedrigen Strafmaß, auf das von den Gerichten bei Verurteilungen auf diesem Gebiete erkannt wird. Aber auch gewisse Unklarheiten des Gesetzes selbst führen zu Verstößen, namentlich die verschiedenen Altersgrenzen für eigene und fremde Kinder. Hier muß sobald als möglich eine Revision des Gesetzes eintreten, damit künftig für alle Kinder die gleichen Bestimmungen zu gelten haben. Auch dort, wo landwirtschaftliche und industrielle Arbeiten in denselben Orten getrieben werden, steigern sich die Schwierigkeiten. Wie soll eine einfache Dorfbewölkerung es verstehen, wenn sie ihre Kinder bei gewissen industriellen Arbeiten und unter einer gewissen Altersgrenze nicht beschäftigen darf, dagegen in der Landwirtschaft die Kinder ungehindert ausgebeutet und überanstrengt werden dürfen?

Man kann es angehtig dieser Schwierigkeiten wohl verstehen, wenn in sämtlichen Einzelberichten die Hoffnung zum Ausdruck gebracht wird, daß die Gewerbeinspektionsgehilfen aus dem Arbeiterstande, die erst im Laufe des Jahres in ihr Amt berufen wurden, erfolgreich zur Verwirklichung der Kinderschutzbestimmung beitragen werden, da sie auf die Eltern, denen sie dem Stande nach näher stehen, besser einwirken können, als dies anderen Beamten möglich ist. Wann wird die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Beteiligung von Arbeitern an der Gewerbeaufsicht auch in den übrigen Bundesstaaten, namentlich in Preußen, sich Eingang verschaffen?

Gewerbevereins-Teil.

§ Dessau. Am 16. März fand hier selbst eine Gewerbevereinskonferenz für Anhalt und die angrenzenden Landesteile statt. Die Ortsverbände Wiersleben, Dessau, Wiersleben, Zschütz, Halberstadt und Zerbst hatten Vertreter entsandt, Duedlinburg und Staßfurt sich entsandigt. Außerdem aber war eine große Anzahl von Ortsvereinen auf der Konferenz durch Delegierte vertreten. Auch die Berichtstatter der Fabrik- und Handarbeiter Größling-Wiersleben und Sandring-Magdeburg, drei Kollegen von Ortsverband Wittenberg, Kollege Franke-Magdeburg als Vertreter des Ausbreitungsverbandes Sachjen-Anhalt und Kollege Stöges für den Mitteldeutschen Kurier waren anwesend. Mit der Stellung der Konferenz wurde der Ausschuss des Ortsverbandes Dessau betraut. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete ein Referat des Verbandsvor-

Agenden, Kollegen Goldschmidt: Wie gestalten wir die Agitation in unserem Bezirk? Redner führte aus, daß wenn wir mit Erfolg in Anhalt für unsere Sache arbeiten wollen, wir unbedingt uns dazu entschließen müssen, einen Beamten anzustellen. Die „freien“ Gewerkschaften haben bereits an mehreren Orten Anhalt's Beamte angestellt, und auch die christlichen Organisationen suchen überall Fuß zu fassen, indem sie in die professionellen Arbeitervereine einzuwirken suchen und mit Hilfe der Geistlichen für ihre Gewerkschaften Propaganda machen. Wie lange wird es dauern, so bringen auch sie einen Sekretär nach Anhalt. Deshalb appellierte Redner an den Eifer der amwesenden Kollegen und ermahnte sie, zu zeigen, daß die Gewerkschaften in Anhalt aus eigener Kraft einen Beamten anzustellen vermögen. In Anbetracht der Mitgliederzahl sei das sehr wohl möglich. Die Opfer, die der einzelne zu bringen hat, sind so gering, daß der Versuch gemacht werden muß. Mit einem Monatsbeitrag von 10 Pfg. für jedes Mitglied läßt sich die Anstellung eines Beamten wohl durchführen. Derselbe soll nicht allein die Agitation in die Hand nehmen, sondern auch in allen sozialpolitischen und Arbeiterversicherungsfragen Auskunft erteilen. Dabei sei in Aussicht genommen, an verschiedenen größeren Orten mehrmals im Monat eine Sprechstunde festzusetzen. Die hier und da bestehenden Sekretariate, die von den Kommunen oder gemeinnützigen Vereinen errichtet sind, können nicht das bieten, was ein mit einem Arbeiter bestes Sekretariat zu leisten vermag, weil dieser aus praktischen Erfahrungen heraus seinen Rat erteilt. In einmal ein überzeugungstreuer Gewerkschafter mit dem Posten betraut, so wird es ihm möglich sein, das große Feld, das in Anhalt noch zu bearbeiten ist, für die Gewerkschaft zu erobern.

Das Referat wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Alle Diskussionsredner sprachen sich entschieden für die Notwendigkeit der Errichtung eines solchen Sekretariats aus. Wenn auch einige von ihnen Bedenken hegten wegen der Aufbringung der Mittel, so wurde doch allseitig verprochen, in den Vereinen darüber zu wirken, daß die Kollegen im Interesse der guten Sache das kleine Opfer bringen. Nachstehende Resolution fand einstimmige Annahme: Die zahlreich besuchte Konferenz der Ortsverbände in Anhalt und benachbarten Teilen der Provinz Sachsen spricht sich dahin aus, daß es dringend notwendig ist, für das hier umgrenzte Gebiet ein Arbeiterssekretariat zu begründen, dem die Aufgabe zu stellen ist, die Agitation erfolgreich zu betreiben und den Mitgliedern Rat und Beistand zu leisten in allen Arbeiterfragen, insbesondere auch in den Fragen der Arbeiterversicherung (Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung) und den Fragen des Arbeiterschutzes. Zur Durchführung dieses Planes ist ein Sekretariatsbeitrag von 10 Pfg. pro Kopf und Monat erforderlich. Die Konferenz spricht die bestimmte Erwartung aus, daß alle Mitglieder bereit sind, dieses kleine Opfer um unserer großen Sache willen gern zu bringen.

In Anbetracht daran fand eine gründliche Aussprache statt über die evangelische Arbeitervereinsbewegung und ihre Stellung zu den christlichen Gewerkschaften, wobei namentlich die Kollegen von Achersleben, Halberstadt, Dessau, Zerbst und Bernburg ihre Erfahrungen zum besten gaben. Zum Schluß richtete Kollege Goldschmidt nochmals eine feurige Ansprache an die Kollegen und mahnte sie, überall an die Gründung von Ortsvereinen heranzutreten und zur Erreichung des geplanten Ziels alles aufzubieten, damit bis spätestens zum 30. April der Ausschuss des Orts-

verbandes Dessau benachrichtigt ist, wieviel Mitglieder sich an der Aufbringung der Mittel zum Sekretariat beteiligen wollen. Mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf die Deutschen Gewerkschaften wurde sodann die Konferenz geschlossen.

Zu Anbetracht daran werden die Vorstände der Ortsverbände und Ortsvereine ersucht, die Angelegenheit in ihren Versammlungen auf die Tagesordnung zu setzen, damit das Resultat zusammengefaßt und die weiteren Schritte eingeleitet werden können.

Wilhelm Mangelsdorf, Schriftführer.

Verbands-Teil.

Verband der Deutschen Gewerksvereine.

Die Stelle eines Agitationsbeamten

für das Saargebiet soll möglichst bald wieder besetzt werden. Verbandsangehörige, die mindestens fünf Jahre Mitglied eines Gewerksvereins sind, in freier Rede und durch die Schrift für die Gewerksvereine erfolgreich zu wirken vermögen und mit der sozialpolitischen wie der Arbeiterversicherungsgegebung gut vertraut sind, wollen ihre Bewerbungsschreiben mit kurzem Lebenslauf und einem Aufsatze über die Aufgaben eines Agitationsbeamten bis zum 1. Mai hier einreichen.

Das Anfangsgehalt beträgt pro Monat 160 Mk.

Der geschäftsführende Ausschuss.

J. A.: Karl Goldschmidt.

Versammlungen.

Berlin. Diskussionsklub der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine, NO., Greifswalderstr. 221/223. Vortrag d. Kolleg. Wolter über: „Das preussische Einkommensteuergesetz“. — Gewerksvereins-Liebestafel (S.-D.). Jeden Donnerstag, abends 9-11 Uhr, Nebungsmoode in Verbandsbühne der Deutschen Gewerksvereine (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen. — Diskussionsklub Moabit. Sitzung am Freitag, 3. April. — Fachwissenschaftlicher Diskussionsklub V. Dienstag, 31. März, Sitzung, Büdlerstr. 20. Vortrag des Kollegen Weisse über: „Das Färben der Metalle“. Gäste willkommen. — Maschinenbau- und Metallarbeiter VII. Sonnabend, 28. März, von 8 bis 10 Uhr Zahlabend bei Funke, Triftstr. 41. Am Mittwoch, 1. April, ab. 8 Uhr Versammlung bei Funke, Triftstr. 41. Anträge zum Delegiertenkongress. Bericht von der Generalversammlung der Krantentafel durch Kollegen Krug. — Bildhauer. Montag, 30. März, ab. 9 Uhr, Versammlung. Preuß. Dresdenstr. 10.

Charlottenburg (Ortsverein der Bauhandwerker). Sonnabend, 11. April, ab. 8 Uhr, in den Germania-Sälen, Spreerstr. 13, großes Gewerksvereinsversammlung. S.-D.: Der neue Musterarif der Baugeschäfte Berlins u. Vororte. Freie Diskussion. Referent Kollege Rudert-Magdeburg.

Orts- und Bezirksverbände.

Herne (Ortsverband). Jeden 1. und 8. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn W. Schulte-Wattler, Diskutterklube. — **Nachen** (Diskutterklub). Jeden 2. und 4. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Diskutterklube bei Leichter, Ecke Hanfmannstraße u. Jülicherstraße. — **Hamburg** (Ortsverband). Jeden Mittwoch abends 8 1/2 Uhr, im Süttmanns Hotel, Wollstraße, Diskutterklube. — **Spanau** (Diskutterklub der Deutschen Gewerksvereine, S.-D.). Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, im Vereinslokal zur Palme, Ritterstraße, Sitzung. Gäste willkommen. — **Selsenkirchen** (Sängerkhor der Deutschen Gewerksvereine). Jeden Sonnabend, abds. 9 Uhr, Probe im Verkehrslokal Pieper (früher Ellerich), Schellen- und Florstraßen-Ecke. Gäste herzlich willkommen. (Diskutterklub). Die Sitzungen finden jede Woche Mittwochs, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Behle, Brückstraße 16, statt. Gäste willkommen. — **Dresden** (Diskutterklub). Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Sanderbräu, Webergasse 28, statt. Gäste willkommen. — **Kiegnitz** (Diskutterklub). Die Sitzungen finden jede Woche Donnerstags, abends 8 1/2 Uhr, im „Prinz von Preußen“ statt. Gäste willkommen. — **Brandenburg** (Diskutterklub). Sitzung jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, vorm. von 10 bis 12 Uhr bei Schmidt, Kurstraße 51. — **Gagen u. Aug.** (Diskutterklub). Jezt jeden Donnerstag, abends Punkt 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Strohmayer, Kirch- und Bergstraßen-Ecke. — **Nachen** (Ortsverband). Jeden dritten Sonntag im Monat, vormittags 11 Uhr, Vertreterführung in Nachen, Jülicherstr. 72, Restaurant „Zur Post“. — **Klein** (Diskutterklub). Sitzung jeden Donnerstag, abends 9 Uhr, im Restaurant „Vater Kolping“, Offergasse 1. — **Cottbus** (Diskutterklub). Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Nobel, Berlinerstr. 120. — **Bremen und Umgegend** (Ortsverband). Sonntag, 5. April, nachm. 4 Uhr, Versammlung in der Marienburg (Znb. Schüll), Steffensweg.

Veränderungen bzw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Großenhain (Ortsverband). Hermann Hantke, Vorsitzender, Großenhain, Dresdenstr. 5.

Literatur.

Die „Monatsblätter für Arbeiterversicherung“, die von Mitgliedern des Reichsversicherungsamtes herausgegeben werden, verfolgen den Zweck, alle zur Mitarbeit an der Durchführung der Arbeiterversicherung berufenen Personen in gemein verständlicher Form über die wichtigsten Vorgänge auf dem Gebiete der sozialen Versicherung zu unterrichten. Durch den geringen, auf 1 Mk. für den Jahrgang, 10 Pfg. für die einzelne, etwa 12 Seiten umfassende Nummer, festgesetzten Preis, ist der Bezug der Monatsblätter nicht nur allen besitzenden Personen und Behörden erleichtert, die mit der Handhabung der Versicherungsgesetze betraut sind, sondern auch die Arbeiter, die Vertriebenen selbst, sind dadurch in die Lage versetzt, sich ständig über die Entwicklung und Handhabung der Arbeiterversicherungsgesetze zu unterrichten. Das Abonnement auf die „Monatsblätter“ kann daher auch von uns nur warm empfohlen werden. Sie erscheinen im Verlage von Weßend & Co. in Berlin W. 64, Unter den Linden 16.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine.
Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen:
Sozialdemokratie u. Arbeiterschaft v. Dr. jur. R. Freund. Preis 40 Pfg.
Volks-Wirtschaftslehre von Dr. C. J. Fuchs. Preis 80 Pfg.
Wörter zu Anträgen, Klagen- und Beschwerdeschriften in Angelegenheit der Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 60 Pfg.
Was muß jeder Versicherte von der Arbeiterversicherung wissen? Welche Ansprüche hat der Versicherte und wie hat er seine Rechte wahrzunehmen? Preis 35 Pfg.
Die reichsgesetzliche Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 1,50 Mk.
Gewerbeordnung für das Deutsche Reich. Preis gebunden 80 Pfg.
Krankenversicherungsgesetz nebst dem Hilfskassengesetz. Preis gebunden 20 Pfg.
Arbeitskaffiten der Deutschen Gewerksvereine für das Jahr 1906. Preis 3 Mk. Früher erschienene Statistiken können ebenfalls noch zu demselben Preise bezogen werden.
Arbeiterschutz in der Heimarbeit. 2 Referate von E. Winter-Berlin und E. Berndt-Dresden. Gratis.
Die Einführung von Arbeitskassen in Deutschland. 2 Referate von Karl Goldschmidt-Berlin und Johann Dornblath-Bromberg. Gratis.
Larifverträge und Koalitionsfreiheit. 2 Referate von Karl Johann-Burg und J. D. Käfer-Nürnberg. Gratis.
Auch alle arben vollwirtschaftlichen Schriften und Gesetzbücher, wie auch Bücher und Schriften jeder anderen Art für die Vereinsbibliotheken, sind zum Buchhandlungspreise durch das Verbandsbureau zu beziehen.
Der Bestellung bitten wir stets den Geldbetrag beizufügen, da andernfalls der Auftrag durch Nachnahme erledigt wird.
Bestellungen sind immer zu richten an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/28.
• Das Bureau des Zentralrats. Rudolf Klein.

Verband der Deutschen Gewerksvereine
(Hirsch-Dunder).
In unserem Verlage ist erschienen:
Weltanschauung
und
Arbeiterbewegung.
Ein Wort der Aufklärung an die deutschen Arbeiter und alle wahren Volksgenossen
von
Karl Goldschmidt,
Vorsitzender des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.
Die Schrift faßt die im „Gewerksvereine“ erschienenen Artikel zusammen. Jeder Gewerkschafter sollte das Büchlein jederzeit zur Hand haben. Für Mitglieder beträgt der Einzelpreis pro Stück 10 Pfg., 10 Exemplare kosten 80 Pfg., 50 Exemplare 3,50 Mk., 100 Exemplare 6 Mk., 200 Exemplare 10 Mk., 500 Exemplare 23,50 Mk., 1000 Exemplare 45 Mk. Der Betrag ist bei der Bestellung einzulösen an unseren Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/28. Bei Nichteingendung des Betrages wird derselbe durch Nachnahme erhoben. Die Sendung erfolgt porto- bzw. frankfrei.

Essen (Anhr). Herberge im Heimat. Arbeitsnachweis u. Verpflegungsstellen im Gewerksvereins-Bureau, Post-Allee 16.
Geislingen a. St. (Ortsverb.). Durchreisende Verbandsmitglieder erhalten 50 Pfg. bei H. Sapper, Hauptstraße 48.
Hohenmölsen u. Umgegend. (Ortsverband). Durchreis. Gewerksvereinskollegen erhalten eine Reiseunterstützung von 50 Pfg. bei dem Ortsverbandskassierer Friedrich Kohn, Nordstraße Nr. 10. Karten bei dem Verbandskollegen Klempnermeister Schreiter, Lützenstraße.
Kenau (Ortsverb.). Durchreis. Genossen erhalten 50 Pfg. bei August Reimer, Friedrichstraße 26.
Jauer (Ortsverband). Durchreisende erhalten Unterstützung beim Kollegen P. Kobelt, Postplatz 6.
Wangen. Durchreisende erh. im Winterhalbjahr 1 Mark und im Sommerhalbjahr vom 1. April bis 1. Oktober 75 Pf. bei E. Gerbe, Wenzelbergstraße 84.
Warth (Ortsverband). Durchreis. Gewerksvereinskollegen erh. 50 Pfg. Karten sind zu haben bei W. Frahm, Baustr. 85/87. Arbeitsnachweisbureau.
Schwarzwaldbau. Durchreis. Genossen erhalten 50 Pfg. beim Verbandskollegen Hermann Rudewig in Schwarzwaldbau Nr. 138.